

# Weniger Arbeit, mehr Druck auf Löhne

**Armut.** Mehr als 200.000 Vollzeitbeschäftigte in Österreich sind Niedriglohnempfänger. In Salzburg bekommt jeder zweite Beschäftigte weniger als 1500 Euro brutto. Das Problem wird größer.

KARIN ZAUNER

**SALZBURG (SM).** Beim Thema Arbeit steht die Arbeitslosigkeit unangefochten an erster Stelle. Eine neue Studie aus Salzburg zeigt jedoch, dass es noch woanders unter den Nägeln brennt. Demnach verdienen 52 Prozent aller in Salzburg Beschäftigten weniger als 1500 Euro brutto im Monat, zwei Drittel davon sind Frauen. Knapp ein Viertel aller Beschäftigten bekommt sogar weniger als 1000 Euro brutto. Für diese Berechnungen wurden Versicherungsdaten der Beschäftigten exklusive Lehrlinge, aber unabhängig der Dauer ihrer Beschäftigung, also Vollzeit- und Teilzeitarbeit, herangezogen.

Schaut man sich nur die Vollzeitbeschäftigten an, ergibt sich laut EU-Erhebung (SES 2006) in

Österreich folgendes Bild: Knapp 220.000 Beschäftigte oder 14,5 Prozent der Vollzeit-Erwerbstätigen verdienen im Jahr weniger als 20.564 Euro brutto, sind also dem Niedriglohnssektor zuzurechnen. Hedwig Lutz, Arbeitsökonomin am Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) verweist darauf, dass im europäischen Vergleich auch die Frauen sehr schlecht abschneiden. Demnach hat Österreich nach Estland und Tschechien die höchsten Unterschiede in den Stundenverdienst. 28,7 Prozent aller vollzeitbeschäftigten Frauen fallen in Österreich in den Niedriglohnssektor, aber nur 9,2 Prozent der Männer.

Niedrige Löhne sind deshalb brisant, weil sie oft Hand in Hand mit Armut daherkommen. Die Sozialforscherin Birgit Buchinger hat die Salzburger Studie im Auf-

trag der Arbeiterkammer erstellt und sich auch die Haushalte angeschaut, in denen Niedriglohnverdiener leben. „Sieben Prozent dieser Haushalte sind manifest arm“,

auf Arbeitssuchende steigen wird, mehr Kompromisse einzugehen. Denn Arbeit bedeute ja mehr als Einkommen, etwa auch eine Position in der Gesellschaft.

Eine große Gefahr bei der Ausweitung des Niedriglohnssektors sieht sie im Anstieg von „All-inclusive-Jobs“, bei denen die Mehrarbeit bereits in den Verträgen steckt und Überstunden selbstverständlich sind. Dadurch sinken

„Kombilöhne fördern den Niedriglohnssektor zusätzlich.“

Hedwig Lutz, Wifo-Expertin



PHOTO: ANDREAS KREMER

sagt sie. Und gebe es nicht den Rückhalt von Familien sowie die Transferleistungen des Staates, rutschten zwei Drittel aller Salzburger mit Niedriglöhnen unter die Armutsgrenze.

Für die Wifo-Forscherin Lutz steht fest, dass heuer der Druck

verheißungsvoll für eine Person unter die Armutsgrenzungsschwelle. Armut). „Aber man muss genau hinschauen, was passiert“, sagt Lutz. Viel kritischer sieht sie die sogenannten Kombilöhne, bei denen der Staat einen Teil der Löhne stützt. Die können nur auf den ersten Blick nach den Arbeitnehmer guten. In Wahrheit unterwandern sie aber die Kollektivvertragslöhne, weil alle damit rechnen, dass die Löhne subventioniert werden. Das fördere die Haltung, „ich kann es mir leisten, niedrigere Löhne zu zahlen.“ Dadurch werde der Niedriglohnssektor zusätzlich forciert.

Stattdessen schlägt Lutz vor, die Lohnnebenkosten zu senken, wodurch Arbeitgeber wie Arbeitnehmer mehr Geld bliebe. Man könne überlegen, statt der arbeitssubjektiven Sozialabgaben stärker auf eine Wertschöpfungsgabe umzustellen, sagt Lutz. „Oder man überlegt, einen Teil der Sozialabgaben über Steuern zu finanzieren. Das würde untere Einkommensgruppen weniger treffen.“